

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

26. September - 02. Oktober 2026

Die In Frankreich weiten sich die seit Ende September andauernden Schulproteste landesweit aus. Sie richten sich vor allem gegen überfüllte Klassen, fehlende Lehrkräfte, marode Schulgebäude und eine hohe Belastung durch lange Unterrichtszeiten; auch das Hochschulzulassungssystem Parcoursup spielt eine Rolle. Neben zahlreichen friedlichen Protesten kommt es zunehmend zu Blockaden, Sachbeschädigungen, Bränden und gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei. Am 1. Oktober waren nach Angaben des Innenministeriums 1.949 Menschen festgenommen worden, 90 Prozent davon Minderjährige. 305 Polizisten und Gendarmen wurden verletzt; nach Angaben des Bildungsministeriums gab es zudem 170 verletzte Schülerinnen und Schüler sowie 65 verletzte Lehrkräfte und andere Beschäftigte. Gleichzeitig wurden auch Vorwürfe gegen die Polizei erhoben: Nach Verletzungen von Demonstrierenden leitete die zuständige Polizeiaufsichtsbehörde IGPN (Inspection générale de la Police nationale) mehrere Untersuchungen ein. Die Proteste haben inzwischen auch 10 Universitäten erreicht und führen zur Schließung zahlreicher Schulen. Die Regierung spricht inzwischen nicht mehr nur von Schulblockaden, sondern von „städtischen Gewalttaten“. Premierminister Sébastien Lecornu berief angesichts der Eskalation eine Krisensitzung ein, während Bildungsminister Édouard Geffray Gespräche mit Schüler- und Elternvertretungen und die Schließung von etwas mehr als 400 Schulen und Gymnasien ankündigte. Justizminister Gérald Darmanin forderte unterdessen, die Eltern Minderjähriger für die von ihren Kindern verursachten Schäden haftbar zu machen. Politisch verschärft die Bewegung den Druck auf die Regierung; Während diese der linksradikalen Partei La France insoumise vorwirft, die Proteste anzuhizen, weist diese den Vorwurf zurück und betont ihrerseits die Forderung nach friedlichem Protest. Damit entwickelt sich die Schulbewegung zunehmend zu einer politischen Herausforderung für die Regierung – auch vor dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfs.

Der Parteichef des RN, Jordan Bardella, sieht sich mit schwerwiegenden Antisemitismusvorwürfen konfrontiert. Ausgelöst wurde die Kontroverse durch Recherchen des Nachrichtenportals Mediapart, die am 28. September veröffentlicht wurden. Demnach soll Bardella, damals noch ein junger Aktivist des Front National, im Jahr 2013 antisemitische und verschwörungsideologische Aussagen verbreitet haben. In den veröffentlichten Auszügen werden ihm u.a. Aussagen wie „Alle Banken werden von Juden kontrolliert“ oder Hinweise auf eine angebliche „Unterwerfung Frankreichs unter die zionistische Logik“ zugeschrieben. Daneben soll er sich positiv über den antisemitischen Publizisten Alain Soral geäußert haben. Neue Brisanz erhielt die Affäre am Donnerstagabend, als Mediapart Screenshots einer Facebook-Messenger-Konversation aus dem Jahr 2013 vorlegte und erklärte, die Unterhaltung sei mithilfe eines von Meta bereitgestellten Datenexports rekonstruiert und anschließend durch einen Gerichtsvollzieher bestätigt worden. Bardella weist die Vorwürfe kategorisch zurück. Er spricht von „grobe Fälschungen“ und einer gezielten politischen Kampagne gegen seine Person. Er kündigte eine Klage wegen Dokumentenfälschung und Verwendung gefälschter Dokumente an. Die politischen Reaktionen fallen unterschiedlich aus. Marine Le Pen stellte sich demonstrativ hinter Bardella und bezeichnete die Vorwürfe als Versuch, den RN politisch zu destabilisieren. Der Präsidentschaftskandidat Édouard Philippe erklärte hingegen, es sei inzwischen „nahezu erwiesen“, dass Bardella die ihm zugeschriebenen antisemitischen Äußerungen tatsächlich getätigt habe. Emmanuel Macron bezeichnete diese Enthüllungen als „äußerst schwerwiegend und inakzeptabel“ und forderte den Rassemblement National auf, diese Äußerungen „zu klären“.

Premierminister Sébastien Lecornu hat am gestrigen Donnerstag, dem 1. Oktober, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 vorgestellt. Ziel ist es, das öffentliche Defizit auf 5 % Prozent des BIP zu begrenzen. Auf der Ausgabenseite werden zahlreiche Ministerien und Programme gekürzt, darunter die Entwicklungshilfe (–11 %), die Arbeitsmarktpolitik (–9 %) sowie das Investitionsprogramm „France 2030“ (–9 %). Gleichzeitig werden die Mittel für Verteidigung (+ 11 %), Justiz (+ 5 %), innere Sicherheit (+ 3 %), sowie Bildung, Forschung und ökologische Transformation (+ 2 %) erhöht. Der größte Ausgabenposten bleibt der Schuldendienst, dessen Kosten um 24 % auf 74,5 Milliarden Euro steigen. Privathaushalte sind von mehreren Maßnahmen betroffen. So werden die Einkommensteuertarife an die Inflation angepasst und die Zusatzsteuer für Spitzenverdiener verlängert. Dagegen werden Wohnbeihilfen (APL), die Aktivitätsprämie für Geringverdienende und Familienleistungen gekürzt oder eingefroren. Höhere Renten über 1.260 € monatlich sollen 2027 nicht an die Inflation angepasst werden. Auch

Arbeitnehmer müssen zusätzliche Belastungen tragen. Der Besoldungsindex des öffentlichen Dienstes wird nicht erhöht, die Regeln für Krankmeldungen werden verschärft und das individuelle Weiterbildungskonto (CPF) wird stärker auf staatlich definierte Mangelberufe ausgerichtet. Unternehmen sehen sich mit höheren Abgaben, einer verlängerten Sondersteuer für Großunternehmen sowie neuen Steuern für Kerosinlieferanten, Autobahn- und Flughafenbetreiber konfrontiert. Im Gesundheitsbereich wird das Ausgabenwachstum auf 2 % begrenzt, während zusätzliche Einnahmen unter anderem durch Abgaben auf zuckerhaltige Industrieprodukte und bestimmte Gesundheitsbranchen erzielt werden sollen. Im Anschluss an die Präsentation des Haushalts 2027 warnt der französische Haut Conseil des finances publiques (HCFP) vor den aus seiner Sicht zu optimistischen Annahmen der Regierung. Die unabhängige Institution äußert damit Zweifel daran, dass die vorgesehenen Einnahmen und Ausgabenkürzungen in vollem Umfang realisiert werden können.

Vom 30. September bis 2. Oktober besucht der argentinische Präsident Javier Milei Frankreich, um im Rahmen der „Argentina Week“ für Investitionen in Argentinien zu werben, insbesondere in den Bereichen Energie, Bergbau und Landwirtschaft. Neben einem Auftritt bei der OECD steht ein Treffen mit Emmanuel Macron auf dem Programm. Für Frankreich sind dabei sowohl die wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen zu Argentinien als auch der Zugang zu wichtigen Rohstoffen wie Lithium und Kupfer von Interesse. Gleichzeitig ist der Besuch politisch umstritten: In Frankreich gibt es Kritik an Mileis Politik und an seinem Umgang mit Medien und internationalen Institutionen. Am 30. September demonstrierten zudem in Paris rund 150 Menschen gegen seine Politik; zudem organisierte die Organisation Reporter ohne Grenzen eine öffentliche Aktion zu seinen Angriffen auf Journalisten. Das französische Präsidialamt betont trotz der politischen Unterschiede zwischen Macron und Milei die Bedeutung des Dialogs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Besuch findet zudem vor dem Hintergrund einer weiterhin angespannten sozialen und wirtschaftlichen Lage in Argentinien statt: Die Armutsquote lag im ersten Halbjahr 2026 bei 32,3 Prozent, während die wirtschaftliche Aktivität im Juli zurückging.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Bei den **französischen Senatswahlen** am 27. September haben die politische Stabilität der zweiten Kammer bestätigt. Die konservativen Républicains (LR) sind trotz Verlusten weiterhin die stärkste Kraft und können gemeinsam mit der Union Centriste ihre komfortable Mehrheit bewahren. Größter Gewinner der Wahl ist der Rassemblement National (RN), der gemeinsam mit den Verbündeten der UDR um Éric Ciotti elf zusätzliche Sitze gewinnen konnte und somit erstmals eine Fraktion im Senat bildet. Während die Kräfteverhältnisse auf der linken Seite weitgehend stabil bleiben, zieht La France insoumise (LFI) erstmals mit einem direkt gewählten Senator in die zweite Kammer ein. Insgesamt zeigt die Wahl zwar Veränderungen im Parteiensystem, aber keinen grundlegenden Machtwechsel. Mehr dazu in unserem [Länderbericht](#). Am gestrigen 1. Oktober wurde auch der langjährige Senatspräsident **Gérard Larcher** zum sechsten Mal wiedergewählt. Laut Larcher habe der Senat in diesen Zeiten die Aufgabe „eine für die Demokratie unverzichtbare Gegenmacht zu gewährleisten“, und verkörpere einen Stabilitätspol für das Funktionieren der Institutionen, das Gleichgewicht der Gewalten und die Einheit der Nation“.

DIE ZAHL DER WOCHE

1

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0

18.254 Exemplare von *C'était ça ou mourir*, dem Debütroman des kanadisch-haitianischen Autors Thélyson Orélien, wurden in Frankreich zwischen dem 21. und 27. September verkauft – nach 12.506 in der Vorwoche. Damit steht der Roman auf **Platz eins** der französischen Roman-Bestsellerliste von *Livres Hebdo*. Das ist bemerkenswert, weil das Buch derzeit im Zentrum einer Kontroverse steht. Orélien wird vorgeworfen, bei der Entstehung des Romans in großem Umfang generative KI eingesetzt zu haben. Zudem gibt es Plagiatsvorwürfe. Der 38-jährige Autor weist die Vorwürfe zurück. Der Roman, der die Geschichte eines Migranten zwischen Haiti und Québec erzählt, erhielt zudem den Prix Fnac, wurde aber wegen der Kontroverse aus der Auswahl für den Prix Goncourt gestrichen. Ob die Affäre den Verkauf langfristig weiter antreiben oder bremsen wird, bleibt abzuwarten. Die Affäre spaltet inzwischen auch die Literaturszene: Während einige die Vorwürfe und die Entscheidung des Goncourt verteidigen, stellen sich andere Autoren weiterhin hinter Thélyson Orélien und kritisieren vor allem die Methoden, mit denen gegen ihn vorgegangen wurde.